



## MEDIENMITTEILUNG

### Steuervorlage 17: Verlierer sind wieder die KMU!

Die heute durch den Bundesrat publizierten Eckwerte der Steuervorlage 17 sehen einmal mehr eine überproportionale Belastung der mittelständischen Wirtschaft vor: Steuerlich durch die erneute Verschlechterung des Teilbesteuerungsverfahrens und finanziell durch die Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen.

Damit die Steuervorlage 17 auch nach einer möglichen weiteren Referendumsabstimmung nicht wieder Schiffbruch erleidet, muss der Bundesrat vermehrt Rücksicht auf die Gründe der Ablehnung der USR III nehmen. Klar bleibt festzustellen, dass es nicht allein die Linke war, die die USR III bodigte, sondern dass infolge der ungewissen steuerlichen künftigen Ausgangslage bei den natürlichen Personen auf Kantons- und Gemeindeebene die USR III teilweise auch von bürgerlicher Seite und Teilen der mittelständischen Wirtschaft abgelehnt wurde.

Wenn nun zwingend eine Erhöhung des Teilbesteuerungssatzes der Dividenden aus Beteiligungen ab 10% beim Bund (DBG) von 70% sowie bei den Kantonen eine Mindestgrenze im StHG von ebenfalls 70% (bisher frei) vorgeschlagen wird, so kann dieser Kniefall vor der SP, die nichts anderes will, als die bewährten Massnahmen der USR II rückgängig zu machen, in keiner Art und Weise akzeptiert werden. Einmal mehr wird im Rahmen einer materiellen Steuerharmonisierung den Kantonen im Teilbesteuerungsverfahren der notwendige Spielraum, der sich im schweizerischen System sehr bewährt hat, weggenommen. Der VPAG geht es nicht um die eigennützige Steueroptimierung von Familienunternehmern. Das Teilbesteuerungsverfahren ist auch im Hinblick auf oft schwierige Nachfolgelösungen ein Instrument, das erbrechtlich (Pflichtteile) hilft, die Weiterexistenz von KMU-Unternehmen zu sichern.

Sollen steuerliche Erleichterungen von Unternehmen im Rahmen der Patentbox und zusätzlicher Abzüge für Forschung und Entwicklung in die Kompetenz der Kantone fallen, so muss im Gegenzug auch die Teilbesteuerung von Dividenden in deren Kompetenz sein, ohne angeordnete Minima.

Das vorgeschlagene Gesamtpaket ist nicht ausgewogen und nimmt keine Rücksicht auf den Mittelstand und die Familienunternehmen.

#### **VPAG: Organe**

Robert Kessler, *Präsident*, Philipp Kuttler-Frey, *Vizepräsident*, Bianca Braun, Christian Florin, Caroline Forster, Markus Hutter, Adriano Imfeld, Marc Jaquet, Franco Knie, Ruedi Noser, Dietrich Pestalozzi, Milan Prenosil, Urs Rickenbacher, Jean-François Rime

Peter Andreas Zahn, *Geschäftsführer*, Christophe Sarasin, *stv. Geschäftsführer*

#### **Weitere Auskünfte**

Robert Kessler, Präsident, Tel. +41 44 387 87 11

Peter Andreas Zahn, Geschäftsführer, Mobile +41 79 407 99 50